

Von: Pressestelle ver.di Berlin-Brandenburg <presse.bb@verdi.de>
Datum: 22. November 2013 12:35:40 MEZ
An: "andreas.splanemann@verdi.de" <andreas.splanemann@verdi.de>
Betreff: **Presseinfo Nr. 168 - Finanzierung der Berliner Frauenhäuser**

Berlin, 22. November 2013
Nr. 168

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Landesbezirk Berlin-Brandenburg
www.bb-verdi.de

P R E S S E I N F O R M A T I O N

ver.di: Finanzierung der Berliner Frauenhäuser sicherstellen!

„Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein brennendes Thema in unserer Gesellschaft, die erschreckende Kriminalstatistik zeigt leider nur die Spitze des Eisbergs“, sagte Susanne Stumpfenhusen, ver.di-Landesbezirksleiterin anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November. Eine wichtige Hilfe für Frauen, die durch Gewalt in Bedrängnis geraten, sind die Frauenhäuser, die es in Berlin seit 1976 gibt. „Wir beobachten besorgt, dass die Frauenhäuser chronisch unterfinanziert sind und es aufgrund der Geldnöte zu Angebotseinschränkungen kommt“, so Susanne Stumpfenhusen.

Speziell die Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen und Fachberatungs- und Interventionsstellen haben angesichts der seit zwei Jahren regelmäßig auftretenden Engpässe bei der Vermittlung in sichere Unterkünfte das Limit ihrer Belastbarkeit erreicht. Immer wieder gibt es Zeiten, in denen alle Frauenhausplätze in Berlin belegt sind. Das sind immerhin 317 Plätze in sechs Frauenhäusern. Dies bedeutet, dass von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen und ihre Kinder an manchen Tagen keinen Schutz finden - und zwar meistens weder in Berlin noch im Umland. Die Arbeitsbelastung der Projektmitarbeiterinnen ist stark gestiegen, denn der hohe Unterstützungs- und Beratungsbedarf der hilfeschuchenden Frauen und Kinder hat stark zugenommen. „Die Beschäftigten in den Frauenhäusern werden überwiegend nicht nach dem eigentlich anzuwendenden Tarif bezahlt. Die Beschäftigten müssen daher für die Sparpolitik des Senats hinhalten“, so Susanne Stumpfenhusen. Würde nach Tarif bezahlt werden, müssten die Zuweisungen für die 29 Berliner Frauenprojekte jährlich um mindestens 600.000 Euro aufgestockt werden.

Am 25. November 2013, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wird die Landesarbeitsgemeinschaft der Autonomen Frauenhäuser eine Aktion in der Zeit von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr vor der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen in der Oranienstraße 106, 10969 Berlin durchführen, um für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser und anderen Projekte des Berliner Frauennetzwerks zu demonstrieren. „ver.di unterstützt die Forderungen der Beschäftigten und fordert die zuständige Senatorin Kolat auf, sich für die ausreichende Finanzierung der Frauenprojekte stark zu machen“, so Susanne Stumpfenhusen.

Für Rückfragen:
Heike Ritterbusch, Frauenhaus Cocon,
Tel.: 030 – 917 43 026, mobil: 0174 – 90 42 184.

Sollten Sie Anregungen haben oder aber kein Interesse an einem weiteren kostenlosen Bezug der Presseinformationen, so schicken Sie bitte eine formlose E-Mail an presse.bb@verdi.de oder nutzen Sie folgenden Link zum direkten Abbestellen: <http://news promo.de/manager.php?op=ab&id=31623&email=andreas.splanemann@verdi.de>

Neue Interessentinnen und Interessenten können sich unter <http://bb.verdi.de/presse/newsletter> in den Verteiler "Presseinformationen und -konferenzen" eintragen.

Ihre bei uns registrierte E-Mail-Adresse: andreas.splanemann@verdi.de

Herausgeber:
ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Pressestelle des Landesbezirks Berlin-Brandenburg
Andreas Splanemann – Pressesprecher
Köpenicker Str. 30
10179 Berlin
Tel: 030/8866-4111
Fax: 030/8866-4905
E-Mail: presse.bb@verdi.de
Web: <http://www.bb-verdi.de>

© Copyright 2013 – ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft